

LUBOŠ VELEK

## **Grenzen für die Entwicklung des Parlamentarismus bei den kleinen Völkern: Die Tschechen im Reichsrat in Wien 1879-1914\***

Der Problembereich von Parlamentarismus und kleinen Staaten bzw. kleinen Völkern umfasst eine enorme Bandbreite von Fragen, Kontexten und Sichtweisen. In meinem Beitrag möchte ich die Faktoren thematisieren, die sich limitierend auf die Entwicklung des Parlamentarismus im 19. Jahrhundert auswirkten, und dies besonders im Zusammenhang der Beziehungen zwischen dem Zentrum, das heißt dem Reichsrat in Wien, und der Peripherie, die hier durch Böhmen beziehungsweise durch die nationale Gemeinschaft der Tschechen verkörpert wird, die dieses Kronland gemeinsam mit den Deutschböhmen (d.h. mit den Deutschen aus den böhmischen Ländern) bewohnten. Die tschechische Gesellschaft war im 19. Jahrhundert eine kleine nationale Gemeinschaft, die dann im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eine erfolgreiche kulturelle, soziale, wirtschaftliche und letztlich auch politische Entwicklung durchlief<sup>1</sup>. Am Ende standen die Tschechen als vollwertige moderne europäische Nation da, der nur ein eigener Staat fehlte. Dieses Ziel, das in unterschiedlicher Intensität bereits seit 1848 auftauchte, erreichten die Tschechen erst nach Ende des Ersten Weltkrieges. In meiner Skizze der für die tschechischen Abgeordneten des 19. Jahrhunderts typischen wahlrechtlichen, sozialen und psychomentalen Umstände möchte ich Sie mit den zeitgenössischen Grenzen für die qualitative Entwicklung der Abgeordnetendelegationen klei-

---

\* Dieser Beitrag entstand im Rahmen des Forschungsprojektes „Zwischen der Honoration und der Masse. Nationalpartei (Altschechen) 1861-1918“, das von der Grantová agentura České republiky [Forschungsfond der Tschechischen Republik], Forschungsprojekt No. 409/07/P258, unterstützt wurde.

<sup>1</sup> Zur Entwicklung der tschechischen Gesellschaft im 19. Jahrhundert vgl. Jiří Kořalka, *Tschechen im Habsburgerreich und in Europa 1815-1914. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern*, Wien 1991; Otto Urban, *Die tschechische Gesellschaft. 1848 bis 1918*. 2 Bde, Wien u.a. 1994.

ner Völker aus den Provinzen inmitten des Habsburgerreiches und damit auch mit den Grenzen des Parlamentarismus allgemein vertraut machen.

Ein Problem, auf das die tschechische politische Repräsentation in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ständig stieß, war das Fehlen *politischer Kader*. Über dieses Defizit dachten sowohl die Wähler als auch vor allem die politischen Führer nach, wie ich vor allem anhand einiger Zeugnisse des *Führers der tschechischen Nation* František Ladislav Rieger aus den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts zeigen möchte. Für den angeführten Mangel gab es zahlreiche Ursachen. Zunächst überrascht unmittelbar nach Erneuerung des Konstitutionalismus in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts die – im Vergleich zu den Revolutionsjahren 1848/49 – deutlich sichtbare Apathie gegenüber der wieder belebten Möglichkeit zur politischen Partizipation. Die Gründe hierfür sind meiner Ansicht nach zum einen auf der psychomentalen Ebene, zum anderen in der systemimmanenten Verengung des *politischen Spielfeldes* auf einen eher kleinen Teil der Bevölkerung zu suchen. Eine psychomentale Barriere sehe ich besonders im Fortdauern der unlängst gemachten negativen Erfahrungen in der Revolution von 1848 und der folgenden Ära des *Neoabsolutismus* sowie der damit verbundenen Unlust, sich politisch zu engagieren. Diese Unlust und in ihrem Kontext auch die Ängste beziehungsweise Wachsamkeiten wurden zudem durch den fragmentarischen Charakter von Schmerlings aufoktrozierter Februar-Verfassung unterstrichen, der nicht nur die Garantie der klassischen bürgerlichen Rechte und Freiheiten fehlte, sondern sogar die Immunität der Abgeordneten und vor allem deren Einfluss auf die staatliche Exekutive. Die Apathie zeigte sich im Vergleich zu 1848 besonders in den Mittelschichten, aber sie lässt sich auch unter dem Hochadel beobachten – obwohl diesem im Unterschied zum Revolutionsjahr durch Schmerlings Wahlordnungen eine privilegierte Stellung garantiert war.

Die Wahlordnungen für Reichsrat und Landtage von 1861 basierten auf der Anwendung des Kuriensystems, der Interessenvertretung und des Steuerzensus. Im Vergleich zu 1848 schlossen sie damit die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung aus dem politischen Leben aus. In Folge dessen kam es in Böhmen Anfang der sechziger Jahre nicht wieder zu einer politischen Mobilisierung der breiten Öffentlichkeit, wie dies 1848 der Fall gewesen war. Die politische Apathie der Wähler und der Nicht-Wähler dauerte in Böhmen bis in die achtziger Jahre an, als es gelang, diese Haltung nicht nur durch die allmähliche Liberalisierung der Wahlordnungen, sondern in erster Linie durch eine soziale und politische Radikalisierung der gewerbetreibenden und bäuerlichen Schichten nach der langen Wirtschaftskrise zu durchbrechen. Die angeführten Ursachen für die politische Apathie der sechziger und siebziger Jahre wurden zudem in Böhmen durch die freiwillige Parlamentsabstinenz der tschechischen Abgeordneten erweitert, die mit ihrer sechzehnjährigen Abwesenheit im Reichsrat (1863-1879) beziehungsweise im Böhmisches Landtag die Wiener Regierung zur Verwirklichung des böhmischen *staatsrechtlichen Programms*

zwingen wollten<sup>2</sup>. Der demoralisierende Effekt dieser langen *passiven Opposition* zeigte sich nicht nur bei der Wählerschaft, sondern auch bei den tschechischen Politikern selbst. Der Abgeordnete Karel Adámek ereiferte sich im September 1879 darüber, dass es im *Böhmischen Klub im Reichsrat* (Český klub na Radě říšské) eine Gruppe von Abgeordneten gebe, die die Rückkehr zur aktiven Politik nur aus persönlicher Bequemlichkeit ablehne. Es handelte sich nämlich um Abgeordnete, die während des Parlamentsboykotts vor allem wegen ihrer in der Vergangenheit bewährten nationalen Verlässlichkeit gewählt worden waren. Diese *Abgeordneten* hatten sich aber nie einer ordentlichen Abgeordnetentätigkeit widmen wollen und sahen in ihrer Wahl – unter der Voraussetzung, dass sie nicht nach Wien gehen würden – nur das damit verbundene gesellschaftliche Prestige. Die leicht errungenen Mandate, die ohne Arbeit *zu Hause hinter dem Ofen* ausgeübt wurden, entwickelten sich bei der Rückkehr ins Parlament zu einer nicht zu unterschätzenden Last<sup>3</sup>. Es überrascht daher nicht, dass zahlreiche tschechische Abgeordnete im Verlauf weniger Monate an der Jahreswende 1879/80 ihre Mandate niederlegten.

Auf die Qualität der Abgeordnetendelegation hatte allerdings das Kurienwahlsystem mit seinem hohen Steuerzensus einen unmittelbaren negativen Einfluss, da es eine *natürliche Auswahl* der Abgeordneten enorm einschränkte. Besonders auffällig war dies in der exklusiven Kurie der höchsten Steuerzahler aus den Reihen der Großgrundbesitzer, das heißt in der Regel des Adels. So wählten in Böhmen ungefähr 400 Großgrundbesitzer 70 Abgeordnete; und da in Böhmen zwei gleich starke Großgrundbesitzerparteien wirkten, von denen nur eine siegen und alle Mandate erringen konnte, entfielen so auf einen Abgeordneten ca. drei Wähler! Bei einer solchen *Konkurrenz* war es

<sup>2</sup> Über das böhmische staatsrechtliche Programm: *Das böhmische Staatsrecht in den deutsch-tschechischen Auseinandersetzungen des 19. und 20. Jahrhunderts*, Marburg 1960; Valentin Urfus, *Český státoprávní program na rozhraní let 1860-1861 a jeho ideové složky* [Das böhmische staatsrechtliche Programm in den Jahren 1860-1861 und seine ideologischen Bestandteile], in: „Právně-historické studie“ 1962, 127-172; Valentin Urfus, *Český státoprávní program a české dělnické hnutí v období vzniku první dělnické strany v Čechách* [Das böhmische staatsrechtliche Programm und die tschechische Arbeiterbewegung zur Zeit der Entstehung der ersten Arbeiterpartei in Böhmen], in: „Právněhistorické studie“ 1963, 97-112; Valentin Urfus, *Stát v představách české národní společnosti smetanovského období* [Der Staat in Vorstellungen der tschechischen Nationalgesellschaft zur Smetana-Zeit], in: Milena Feimanová (ed.), *Povědomí tradice v novodobé české kultuře (Doba Bedřicha Smetany)* [Das Traditionsbewusstsein in der modernen tschechischen Kultur (Die Zeit von Bedřich Smetana)], Praha 1988, 22-27; Otto Urban, *Funkce historismu v programu českého měšťanstva v polovině 19. století* [Die Funktion des Historismus im Programm des tschechischen Bürgertums Mitte des 19. Jahrhunderts], in: Tomáš Vlček (ed.), *Historické vědomí v českém umění 19. století* [Historisches Bewusstsein in der tschechischen Kunst des 19. Jahrhunderts], Praha 1981, 76-82; Milan Hlavačka, *Das böhmische Staatsrecht in der historischen Retrospektive der letzten Jahrhunderte*, in: „Études Danubiennes“ 1994, 77-94; Sascha Rosar, *Theorie und Auswirkungen des böhmischen Staatsrechtes in der österreichischen Rechts- und Verfassungsgeschichte 1848 bis 1918*. Unveröff. Diss. Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien 2000.

<sup>3</sup> Národní archiv v Praze [Nationalarchiv in Prag], Bestand K. Adámek, Karton 47, Tagebuch 1879-1880 (Signatur A III. 8), 6-7.

nicht nur ein Problem, qualifizierte Kandidaten zu finden, sondern überhaupt eine vollständige Kandidatenliste aufzustellen!<sup>4</sup>

Beim Mittelstand, das heißt in den Kurien der Land- und Stadtgemeinden, sollte dieser rein quantitative Faktor bei der Aufstellung der Kandidatenlisten theoretisch keine größere Rolle spielen. In der Praxis war dies jedoch anders, denn in der tschechischen Gesellschaft der sechziger bis achtziger Jahre kam noch die zahlenmäßige Schwäche der nationalbewussten qualifizierten Schichten ins Spiel. Die tschechische Gesellschaft war in Folge der Schwierigkeiten ihrer älteren Geschichte bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts eine plebejische Gesellschaft ohne traditionelle, größere und etablierte Elite. Das Fehlen eines tschechischen Nationaladels (er war im Verlauf des 17. und 18. Jahrhunderts in Folge des politischen und sozialen Wandels nach der Niederlage des Böhmisches Ständeaufstands der Jahre 1618-1620 untergegangen<sup>5</sup>) kontrastiert scharf mit der Situation der Polen oder Magyaren. Ähnliches galt jedoch auch für ethnisch definierte tschechische Unternehmer, vermögende Mittelschichten oder Intellektuelle. Die ersten Mittelschulen mit tschechischer Unterrichtssprache entstanden übrigens erst allmählich seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts und eine tschechische Universität konnte erst 1882 durchgesetzt werden! Dem entspricht auch die Tatsache, dass man bei den Mittelschichten bis in die achtziger Jahre häufig auf *sprachlichen Utraquismus* oder sogar auf Indifferenz bezüglich der Nationalität stößt. Als sprechendes Beispiel hierfür sei angeführt, dass in den sechziger bis achtziger Jahren in Böhmen eine der meistgelesenen Tageszeitungen die deutschsprachige *Politik* war, das Sprachrohr der (alt)tschechischen Nationalpartei von František Palacký und František L. Rieger!<sup>6</sup> Sie war nicht nur zur Information für das Ausland bestimmt, sondern vor allem für Personen, die sich zwar bezüglich Nationalität und Politik als Tschechen fühlten, aber mit Rücksicht auf ihre deutsche Bildung lieber deutsch sprachen und lasen! Eine Kuriosität ist in dieser Hinsicht der Großunternehmer und spätere Präsident der Prager Handels- und Gewerbekammer Josef Wohanka, der – obwohl Abgeordneter der nationalistischen Nationalfreisinnigen Partei (sog. Jungtschechen) – noch 1898 mit seinen Parteikollegen in deutscher Sprache korrespondierte, da ihm die tschechische Sprache Probleme bereitete: „Sie wissen aber, wie viel Fehler

---

<sup>4</sup> Luboš Velek, *Politische Organisation der Großgrundbesitzer in den böhmischen Ländern 1860-1914 am Beispiel des sog. konservativen Großgrundbesitzes in Böhmen*, in: Luboš Velek / Tatjana Tönsmeier (ed.), *Adel und Politik in der Habsburgermonarchie und den Nachbarländern zwischen Absolutismus und Demokratie*, München 2009 (im Druck).

<sup>5</sup> Antonín Gindely, *Dějiny českého povstání léta 1618* [Geschichte des böhmischen Aufstandes des Jahres 1618]. 4 Bde, Praha 1870-1880.

<sup>6</sup> Zur Entwicklung der tschechischen Presse im 19. Jahrhundert vgl. Martin Sekera, *Das tschechische Pressewesen*, in: Helmut Rumppler / Peter Urbanitsch (ed.), *Die Habsburgermonarchie 1848-1918 VIII/2. Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Die Presse als Faktor der politischen Mobilisierung*, Wien 2006, 1977-2036.

ich in einem längeren böhm[ischen, d.h. tschechischen] Schreiben zu machen im Stande bin“<sup>7</sup>.

Der Mangel an qualifizierten Abgeordneten hielt jedoch auch dann an, als die tschechische Gesellschaft ungefähr ab Mitte der achtziger Jahre über eine relativ genügende Zahl tschechisch ausgebildeter Fachleute zu verfügen begann. Deren Zahl nahm nach Einrichtung der tschechischen Universität noch zu. Ein wichtiger Grund für den andauernden Mangel qualifizierter Abgeordneter in der tschechischen Abgeordnetendelegation war die Tatsache, dass kaum einer der ausgesuchten Kandidaten für ein *Abgeordnetenamt* bereit war, seinen bisherigen Beruf in Böhmen aufzugeben und jedes Jahr lange Monate in Wien zu verbringen, und dies häufig auch noch ohne Familie. Die materielle Absicherung der Abgeordneten (Abgeordnetendiäten) war nämlich in Österreich bis 1917 vollkommen unzureichend. Die Abgeordneten erhielten zwar relativ hohe Diäten in Höhe von 10 Gulden täglich – aber nur für die Tage, an denen das Parlament arbeitete. Dies betraf in der Regel sechs bis sieben Monate im Jahr, aber es gab auch Jahre, in denen das Parlament nur einige wenige Wochen tagte, so dass es zur *Aushungerung der Abgeordneten* kam. Aus der Höhe der Gesamteinkünfte an Abgeordnetendiäten und aus Quellen persönlicher Provenienz (Korrespondenzen, Tagebücher u.ä.) weiß man, dass die Arbeit des Abgeordneten als professioneller Politiker kaum die Ausgaben für einen seiner gesellschaftlichen Stellung entsprechenden Lebensunterhalt decken konnte. Die Diäten reichten in der Regel nur knapp aus, um den Abgeordneten selbst zu ernähren, nicht jedoch für den Unterhalt seiner Familie. Im Fall von Abgeordneten von den Peripherien des Reichs muss zudem einkalkuliert werden, dass ein nicht geringer Teil ihrer Diäten von den Reisen und hauptsächlich von der parallelen Unterhaltung zweier Haushalte verschlungen wurde: dem *Abgeordnetenhaushalt* in Wien und dem anderen Haushalt an dem Ort, wo die Familie lebte. Deshalb blieb es für einen Großteil der österreichischen Abgeordneten von den Peripherien des Reichs absolut unabdingbar, neben den Einkünften aus den Diäten über eine dauerhafte Anstellung zu verfügen. Treffend fasste F.L. Rieger das Elend der cisleithanischen Abgeordneten zusammen:

„Deshalb bleibe ich dabei, dass diese Art von Parlamentarismus, die bei uns in Österreich eingeführt wurde, schließlich den ganzen Parlamentarismus ad absurdum führen wird – denn abgesehen von Einzelnen, die über die Mittel und Verhältnisse verfügen, die es ihnen erlauben, sich ausschließlich der Politik zu widmen, kann sich kein ordentlicher Mensch das Abgeordnetentum erhalten – von einem Pensionär vielleicht abgesehen. Und diejenigen, die von den Diäten leben und sich dem Abgeordnetentum als Handwerk und Gewerbe widmen wollen, sind es nicht wert“<sup>8</sup>.

<sup>7</sup> Archiv Národního muzea v Praze [Archiv des Nationalmuseums in Prag; ANM], Bestand K. Kramář, Karton 18, J. Wohanka an K. Kramář vom 3.1.1898.

<sup>8</sup> „Proto stojím na tom, že ten způsob parlamentarismu, jaký byl u nás v Rakousku zaveden, povede konečně celý parlamentarismus ad absurdum – jelikož vyjma jednotlivce, kteří mají pro-

Im Kontext der oben angedeuteten historischen Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der tschechischen Gesellschaft überrascht es nicht, dass unter den tschechischen Abgeordneten kaum Personen auftauchten, die neben den Diäten über andere ausreichende, stabile und ohne größere Anstrengungen abgesicherte Einkünfte verfügten, wie zum Beispiel Rentiers, pensionierte hohe Beamte, Immobilienbesitzer u.ä. Andererseits gab es auch kaum Abgeordnete, die nur von den Diäten lebten. Und falls tatsächlich ein solcher Fall auftauchte, wirkte er eher peinlich. Die Verhältnisse zwangen nämlich die überwiegende Mehrheit der österreichischen Abgeordneten dazu, neben ihrem *politischen Beruf* auch weiterhin ihre ursprüngliche Beschäftigung auszuüben. Für die ungestörte Ausübung des Mandats erwiesen sich die oben erwähnten Renten (z.B. Einkünfte aus Aktien) oder das Eigentum an Immobilien, Großgrundbesitz oder an von Wirtschaftsdirektoren verwalteten Fabriken als besonders unproblematisch. Mit gewissen, aber nicht existenzbedrohenden Problemen ließ sich das Abgeordnetenmandat häufig zusammen mit einer Rechtsanwaltskanzlei bewältigen – besonders wenn hier ein fähiger Teilhaber oder Substitut tätig war. Ohne größere Probleme ließ sich das Mandat auch mit einer Universitätsprofessur vereinbaren. Die Abgeordnetendiäten waren in diesen Fällen ein willkommener zusätzlicher Verdienst bzw. sanierten zum größeren oder kleineren Teil die Verluste, die durch das Engagement in der Politik im eigenen Gewerbe entstanden waren. In einigen Fällen brachte das Mandat auch die ersehnte Reklame und Popularität, was besonders die Anwälte unter den Abgeordneten zu schätzen wussten.

Auf der anderen Seite existierten jedoch Berufe, die sich nur schwer mit einem Mandat vereinbaren ließen; meist schadete ein solcher Versuch sowohl der Ausübung des Mandats wie der eigentlichen Profession. Zu diesem breitgefächerten Bereich gehörten die kleineren oder mittelgroßen Landwirte, die Gewerbetreibenden, die Kaufleute u.ä. Und einige Berufe ließen sich mit der Tätigkeit eines Abgeordneten praktisch überhaupt nicht in Einklang bringen. Dazu gehörte beispielsweise die Medizin, denn man kann sich nur schwer einen Arzt vorstellen, der seine Patienten für mehrere Monate im Jahr verlässt:

„Wollen Sie sich für die sechs Jahre Ihres Mandats ganz von Ihrem Arztberuf losreißen – sich ihm ganz entwöhnen und alles Vertrauen in Ihre Erfahrungen verlieren? Wollen Sie ausschließlich Politiker werden? Kein echter Arzt (auch die in Wien Lebenden nicht) nimmt ein Mandat an. Der nur von den Diäten lebende Dr. Roser bekommt nicht einmal Katzen zum Kurieren – und ist bereits eine pitoyable Figur!“<sup>9</sup>

---

středky a poměry, jež jim dovolují věnovati se výhradně politice, žádný pořádný člověk nebude moci poslanectví držeti – až na některého pensistu. O ty pak, kteří by chtěli žiti z diet a věnovati se poslanectví co řemeslu a živnosti, není co státi“. Literární archiv Památníku národního písemnictví v Praze [Literararchiv des Museums für das nationale Schrifttum: LAPNP], Bestand J. Čelakovský, Karton 15, F.L. Rieger an J. Čelakovský vom 19.6.1881.

<sup>9</sup> „Chcete-li se na šest let mandátu vytrhnouti zcela ze svého povolání lékařského – jemu zcela odvyknouti a ztratiti všecku důvěru v lékařské zkušenosti své? Chcete se státi výhradně politikem?“

Aus dem Gesagten geht hervor, dass es in Alt-Österreich für die Abgeordneten nicht möglich war, *von der Politik zu leben*, und dass es praktisch ausgeschlossen war, nur *für die Politik zu leben* und nicht zugleich eine andere Einkommensquelle zu besitzen<sup>10</sup>. Professionelle Politiker, die in einem solchen Ausmaß materiell abgesichert waren, dass sie sich ohne Rücksicht auf die offiziellen Einnahmen daraus ausschließlich der Politik widmen konnten, gab es nur sehr selten – und dies galt für die tschechischen Abgeordneten um so mehr. Unter den Matadoren der tschechischen Politik kann man nur zwei Männer nennen, denen dieses Wunder langfristig gelang. Der erste war F.L. Rieger, der zweite dann der um anderthalb Generationen jüngere Karel Kramář<sup>11</sup>. Ihr politisches Engagement war enorm, beide lebten nur *für die Politik*, und obwohl sie über einen erhebliches Vermögen und ständige Erträge daraus verfügten (Rieger war Großgrundbesitzer, Kramář Fabrikant), überließen sie die Betreuung und Verwaltung dieses Besitzes anderen Personen – auch wenn diese in beiden Fällen aus dem Familienkreis stammten. Es ist wohl kein Zufall, dass gerade diese beiden tschechischen *professionellen Politiker* zu respektierten *Führern der Nation* wurden.

Die Stellung der nationalen Abgeordnetendelegationen von der Peripherie ließ sich auch hinsichtlich der Auswahl der Abgeordneten nach ihrer Qualifikation nicht mit den deutschen Parteien vergleichen, denn Wien bot den deutschen Parteien ein reiches Reservoir an hochqualifizierten Kandidaten, die sich sowohl der Politik wie ihrer ursprünglichen Profession widmen konnten:

„Mehr als einmal beschwerte sich Vater, dass in unserem Klub, ja in der ganzen Rechten, ein Mangel an Personen herrsche, die Fragen des Handels, des Bankwesens, des Zolls, der Volkswirtschaft verstünden ... Der Klub der rechten Mitte hat niemanden, dort sind entweder Bauern oder Adlige oder Priester, im Polnischen Klub sind auch die meisten von Adel, dazu einige gute Juristen. Bei uns haben wir angeblich lauter Professoren: genügend Kräfte für Fragen des Schulwesens und allgemeinpoli-

---

Žádný opravdivý lékař (ani ve Vídni žijící) nepřijímá mandátu. Dr. Roser žijící jen z diet nedostane ke kurfirování ani kočky – a je již pitoyable figura!“ LAPNP, Bestand E. Engel, Karton 6, F.L. Rieger an E. Engel vom 28.4.1885.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Max Weber, *Politik als Beruf*, München 1919.

<sup>11</sup> Luboš Velek, *Zrození politika – Karla Kramáře léta učednická. K problému profesionalizace politiky v habsburské monarchii* [Geburt eines Politikers – Lehrjahre von Karel Kramář. Zum Problem der Professionalisierung der Politik in der Habsburgermonarchie], in: Sborník Národního muzea v Praze – Folge A, Jahrgang 61, 3-4/2007, 15-26. Zur Biographie von K. Kramář vgl. auch: Martina Winkler, *Karel Kramář (1860-1937). Selbstbild, Fremdwahrnehmungen und Modernisierungsverständnis eines tschechischen Politikers*, München 2002; Martina Lustigová, *Karel Kramář. První československý premiér* [Karel Kramář. Der erste tschechoslowakische Ministerpräsident], Praha 2007; Jelena Pavlovna Serapionova, *Karel Kramarž i Rossija. 1890-1937 gody. Idejnyje vozzrenija, političeskaja aktivnost', svjazi s rossijskimi gosudarstvennymi i obščestvennymi dejateljami* [Karel Kramář und Russland. Die Jahren 1890 bis 1937. Ideologische Anschauungen, politische Tätigkeit, Verbindungen an die russischen Staats- und Gesellschaftsrepräsentanten], Moskva 2006; oder den Tagungsband Jan Bílek / Luboš Velek (ed.), *Karel Kramář (1860-1937). Život a dílo* [Karel Kramář (1860-1937) Leben und Werk], Praha 2009.

tische Fragen, zu denen man eine allgemeine Bildung benötigt, auch Juristen haben wir noch, aber für Fragen des Handels etc. herrscht Mangel. Die Linke hat den Vorteil, dass es dort lauter Juden gibt, die sich in allen diesen Fragen auskennen. Die Rechte hat keinen, abgesehen von diesem Rabbiner im Polnischen Klub, der für die fraglichen Angelegenheiten allerdings unerheblich ist<sup>12</sup>.

Gleiches schrieb Rieger auch drei Jahre später: „Wir brauchen dann für die Delegation der parlamentarischen Kräfte – vor allem Fachleute, die in den Kommissionen arbeiten, kenntnisreiche Referate schreiben und Vorschläge im Parlament kenntnisreich – und nicht bloß dilettantisch – vertreten könnten. Wie soll die Nationalpartei der Linken die Stirn bieten, die unbestreitbar mehr Fachleute und Redner hat als wir – da sie sie in Wien leicht finden kann – während wir solche Leute – auch wenn wir sie haben – nicht wählen können, da sie sich nicht für acht Monate nach Wien begeben und ihre Geschäfte und Gewerbe vernachlässigen möchten ... Aus den Reihen der Professoren wollen wir keine Kandidaten wählen, um die mit so viel Anstrengung eroberte Universität nicht ärmer zu machen. Woher soll man also fähige Abgeordnete nehmen – Kenner des Finanzwesens, des Steuerwesens, der Volkswirtschaft, des Handels, der Arbeiterproblematik, der sozialen Fragen, des Eisenbahnwesens, der Kanalisation usw. – alles Sachen, die am häufigsten vorkommen und am ehesten zur Diskussion gelangen? Wo haben wir Fachleute, die diese Dinge theoretisch wie praktisch beherrschen und denen es gelänge, dazu Gesetze auszuarbeiten, zu korrigieren und zu vertreten?“<sup>13</sup>

Aus dem Erwähnten geht hervor, dass das soziale Moment bei der Auswahl qualifizierter Abgeordneter für die Kandidatenlisten der Parteien eine wichtige Grenze darstellte, die im Fall von Abgeordneten von den Peripherien des Reiches noch an Undurchlässigkeit zunahm; diese konnten nämlich in der

<sup>12</sup> „Nejednou stěžoval si otec, že v našem klubu, ba v celé pravici, jest nedostatek lidí, kteří by rozuměli otázkám obchodním, bankovním, celním, národohospodářským ... Klub pravého středu nemá nikoho, jsou tam buď sedláci, buď šlechtici, buď kněží, v Polském klubu též většinou šlechtici, několik dobrých právníků. U nás máme prý hlavně samé profesory: dosti sil pro otázky školské a otázky všeobecně politické, k nimž třeba vzdělání obecného, i právníky ještě máme, ale pro otázky obchodní atd. nedostatek. Levice má výhodu, že má plno židů, kteří ve všech otázkách těch jsou zblhlí. Pravice žádného, vyjímaje nějakého toho rabína v Klubu polském v té věci ovšem nezávažného“. Marie Červinková-Riegrová, *Zápisky. I. (1880-1884)* [Notizen. I. (1880-1884), ed. by Milan Vojáček / Luboš Velek, Praha 2009, Notiz vom 28.12.1881, 232-233.

<sup>13</sup> „My pak potřebujeme do delegace sil parlamentárních – především o d b o r n í k ů, kteří by v komisích pracovali, referáty znalecké spisovali a návrhy ve sněmovně znalecky – ne pouze dilettantsky – zastávatí dovedli. Kterak má Národní strana čeliti levici, která má nepopíratelně více odborníků a řečníků než my – jelikož je snadno z Vídně bráti může – kdežto my takových lidí – ač máme-li jich – nemůžeme zvoliti, poněvadž nechtějí se vydati na osm měsíců do Vídně a zanedbati obchody a živnosti své ... Z profesorů nechceme kandidáty bráti, abychom neochudili universitu tak pracně vydobytou. Kde teda bráti poslance schopné – znalce financí, bernictví, národního hospodářství, obchodu, otázek dělnických, sociálních, železnic, kanalizace atd. – všechno věci, které nejvíce přicházejí a nejdříve půjdou na přetřes? Kde máme odborníky věcí teoreticky i prakticky znalé, kteří by dovedli o tom všem zákony vypracovati, opravití a zastávatí?“ LAPNP, Bestand E. Engel, Karton 6, F.L. Rieger an E. Engel vom 14.7.1884.



Regel nur schwer die Mandatsausübung im Zentrum des Reichs mit der Ausübung ihrer ursprünglichen Profession an ihrem Wohnort vereinbaren. Das Ergebnis zahlreicher unüberlegter Entscheidungen, ein Abgeordnetenmandat auch auf die Gefahr der Existenzbedrohung hin auszuüben, war daher zumindest in den Anfängen des erneuerten Parlamentarismus – im tschechischen Fall mit Rücksicht auf die lange Boykottphase also erst an der Wende der siebziger und achtziger Jahre – eine recht hohe Fluktuation unter den Abgeordneten. Diese hatte dann wiederum destruktive Folgen sowohl für die Arbeit der Parlamentsausschüsse also auch der Abgeordnetenklubs. Besonders die hochqualifizierte Arbeit in den Parlamentsausschüssen forderte fähige und über Fachkenntnisse verfügende Abgeordnete. Und diese blieben auf Dauer Mangelware:

„Vater sagte dazu, dass es nur sehr wenig Leute gebe, die in der Kommission etwas erreichen und etwas auf die Schnelle formulieren könnten – es seien unglaublich wenige. Solche, die das Maul aufreißen, gibt es genug, aber wo es sich um eine praktische und produktive Arbeit handelt, da herrscht Not“<sup>14</sup>.

Als Ergebnis dieses Mangels arbeitete eine Handvoll von Abgeordneten in drei, fünf oder mehr Ausschüssen oder Kommissionen auf einmal, denn ihre unqualifizierten Kollegen konnten eine solche Funktion nicht verantwortungsbewusst vertreten. Deshalb wurde beispielsweise der mährische Abgeordnete Antonín Mezník von den Karikaturisten mit einem Krumm um den Hals gezeichnet. Und auf der Führung der Parteien und Abgeordnetenklubs ruhte die enorme Verantwortung, vor den Wahlen genügend qualifizierte und zugleich materiell abgesicherte Kandidaten zu finden. Aus der Korrespondenz der Parteiführer aus der Zeit vor den Wahlen weiß man aber, dass es sich dabei um eine nur schwer lösbare Aufgabe handelte.

Die Situation rund um den Mangel an qualifizierten Kandidaten erfuhr im tschechischen Umfeld im Verlauf der achtziger und neunziger Jahre eine leichte Besserung. Es handelte sich aber nur um eine zeitweilige Verbesserung, denn seit Ende der neunziger Jahre setzte sich unter Devisen vom Typ „Wählen wir den Gewerbetreibenden, wählen wir unser Alter ego; nur wer so ist wie wir, weiß, was uns beschwert und schmerzt!“ rasant die Forderung der Wähler nach der Nominierung so genannter *Ständekandidaten* durch<sup>15</sup>. Die zunehmende soziale Differenzierung der Gesellschaft spiegelte sich so auf negative Weise unmittelbar in der Politik wider. Qualifizierte Kandidaten, die

<sup>14</sup> „Otec pravil na to, že je nesmírně málo lidí, kteří by v komisi něco svedli a něco v rychlosti formulovat dovedli, k neuvěření málo. Otevřhubů, že je dost, ale kde se jedná o nějakou práci praktickou a produktivní, tu je nouze“. M. Červinková-Riegrová, *Zápisky*, Notiz vom 9.3.1884, 574.

<sup>15</sup> „Volme živnostníka, volme člověka svého; jen kdo je z nás, ví, co nás tíží a bolí!“ Jan Heidler / Josef Šusta (ed.), *Příspěvky k listáři Dra Frant. Lad. Riegra* [Beiträge zur Briefsammlung von Dr. Frant. Lad. Rieger] II, Praha 1924, No. 570, Notiz von M. Červinková-Riegrová vom 17.5.1885, 244.

beispielsweise auf dem Land pejorativ als *Doktoren aus der Stadt* bezeichnet wurden, büßten schnell ihre Chance ein, gewählt zu werden. Die zeitgenössische Demagogie wird zum Beispiel anhand des Wahlprogramms des mährischen Bauernkandidaten Josef Strnadel von 1891 deutlich:

„Die Doktoren würden wieder leere Versprechungen machen, um Stimmen betteln, wobei sie die Bauern wieder belügen und nur an sich denken ... häufig denkt der nicht als Bauer tätige Abgeordnete doch, die Bauern erfahren es sowieso nicht, sie lesen ja nichts, und wenn doch! dann erzähle ich ihnen etwas Schönes, vielleicht auch etwas Ausgedachtes und sie werden mir glauben, und wenn nicht – dann habe ich bereits das Mandat, was kann mir passieren?“<sup>16</sup>

Die Stände- und darunter besonders die Bauernkandidaten bereiteten den politischen Führern ernsthafte Sorgen, denn sofort herrschte Not „an guten Arbeitskräften“:

„Wie sich zeigt, kommen genügend Bauern, aber nur wenige sind arbeitsfähig. Das geistige Niveau des Parlaments insgesamt oder zumindest der tschechischen Abgeordneten wird nicht, wie gewünscht, höher sein, sondern wohl eher niedriger. Und das ist ein Unglück, das wir zu fürchten beginnen“<sup>17</sup>.

Alarm schlug in erster Linie der Führer der tschechischen Politik F.L. Rieger, der sich entsetzt zur Wahl einer größeren Zahl von Bauernkandidaten äußerte:

„Was sollten wir dort mit 20-40 Bauern erreichen, wenn wir keine anderen parlamentarischen Kräfte hätten? Es ist notwendig, den Menschen die Sache häufiger zu erklären, damit sich ein solcher Irrtum bei uns gar nicht einnistet und dann solche Kräfte aus dem Parlament verdrängt, die uns gut behilflich sein könnten“<sup>18</sup>.

Aus Analysen zur sozialen Einordnung der Abgeordneten ist bekannt, wie dramatisch sich seit der Wende der achtziger und neunziger Jahre der soziale Status der österreichischen Abgeordneten veränderte und wie schnell die Zahlen der früher relativ häufig vertretenen Anwälte, Notare oder Professoren zurückgingen<sup>19</sup>.

<sup>16</sup> „Doktoři by opět slibovali, o hlasy žebrali, aby zase rolníky obelhali a jen na sebe mysleli ... častěji poslanec nerolník si myslí však, ti rolníci se to nedoví, oni nic nečtou, a když!, však jim povím něco pěkného, třeba i smyšlenku a oni mně uvěří, a kdyby i ne – pak mám již mandát, co se mně stane?“ Staatliches Bezirksarchiv in Kroměříž/Kremsier, Bestand J. Skopalík, Karton 7, Reichsratswahlaufruf von J. Strnadel vom Jahre 1891.

<sup>17</sup> „Jak věci se ukazují, přijde sedláků dost, ale málo k práci schopných. Duševní niveau sněmu celkem neb aspoň českých poslanců nebude, jak by žádoucí bylo, vyšší, spíše snad nižší. A to je kalamita, již se počínáme báti“. LAPNP, Bestand O. Mokry, Karton 1, A. Bráf an O. Mokry vom 27.4.1889.

<sup>18</sup> „Co bychom tam pořídili s 20-40 rolníky, kdybychom neměli jiných sil parlamentárních? Třeba vykládati lidem častěji věc, aby se takový blud u nás nezahnízdil a nevylučoval z parlamentu síly, jež by nám mohly pomáhati platně“. J. Heidler / J. Šusta (edd.), *Príspevky II*, No. 466, A. Pražák an F.L. Rieger vom 12.6.1883, 191 und No. 537, F.L. Rieger an K. Mattuš vom 20.8.1884, 227.

<sup>19</sup> Jiří Kořalka, *Tschechische bürgerliche Landtagsabgeordneten in Böhmen 1861-1913*, in: Ernst Bruckmüller / Ulrike Döcker / Hannes Stekl / Peter Urbanitsch (ed.), *Bürgertum in der Habsburgermonarchie*, Wien / Köln 1990, 211-221.

Der Niedergangsprozess beim qualitativen Niveau der Abgeordneten, und nicht nur bei den Männern von den Peripherien des Reichs, vertiefte sich seit der Jahrhundertwende durch die schnelle Demokratisierung der Wahlordnungen für den Reichsrat noch. Einen tristen Eindruck hinterließen dabei gar nicht so sehr die sozialdemokratischen Vertreter der Arbeiterschaft, die häufig aus den Reihen der Redakteure sozialdemokratischer Presse-Erzeugnisse oder der Mitglieder der Parteisekretariate kamen, sondern vor allem die Ständekandidaten, in erster Linie die Bauern, gefolgt von den Gewerbetreibenden, den Vertretern des niederen Beamtentums u.ä. Um 1900 stößt man in der tschechischen Abgeordnetendelegation in Wien beispielsweise vermehrt auf eine besondere Art von *Analphabetismus*. Mit diesem Begriff meine ich nicht tatsächlich analphabetische Abgeordnete, wie wir sie aus dem revolutionären Galizien der Jahre 1848/49 kennen, sondern Abgeordnete, die kein Deutsch konnten und so zu *stummen* Akteuren des Geschehens im Reichsrat wurden. Diese Abgeordneten arbeiteten nicht nur nicht in den Parlamentsausschüssen mit, sondern hielten auf dem Boden des Parlaments in der Regel jahrelang keine einzige Rede – im besten Fall sprachen sie in ihrer Muttersprache, was im allgemeinen zu einer Massenflucht der Abgeordneten anderer Nationalitäten auf die Flure führte. Ein solcher Fall unter den tschechischen Abgeordneten war beispielsweise der Bauer František Skopalík, der nur die Volksschule besucht hatte. Den anderen Abgeordneten blieb er nicht nur durch seine hannakische Tracht unvergesslich, in der er das Parlament regelmäßig besuchte, sondern hauptsächlich durch seine Reden zu den Problemen der Landwirtschaft, die er im Parlament in seinem kernigen hannakischen Dialekt vortrug<sup>20</sup>. Im Gegensatz zu dem fleißigen, anständigen, wenn auch wenig gebildeten Skopalík besitzt die Gestalt des nur teilweise schreib- und lesekundigen Prager Handschuhmachers Václav Březnovský eine tragikomische Dimension. Rein statistisch gehörte er zu den häufigsten tschechischen Rednern, betrachtet man aber seine rednerischen *Auftritte* im Parlament, dann stellt man fest, dass es sich fast immer nur um Vulgaritäten und beleidigende Kommentare an die Adresse der deutschösterreichischen Abgeordneten handelte – verständlicherweise zumeist auf Tschechisch vorgetragen. Die tragikomischste Gestalt von allem war aber zweifellos der national-soziale Abgeordnete František Žemlička, der sich in den vier Jahren seines Wirkens im Reichsrat angeblich nur zu einem Buh-Ruf während der tschechischen Obstruktion aufraffen konnte<sup>21</sup>.

Zusammen mit dem Rückgang der Qualifikation und der Qualität der Abgeordneten insgesamt ließ auch deren Kultiviertheit und die Kultur der Politik im allgemeinen immer mehr zu wünschen übrig. Bezeichnend dafür sind so-

<sup>20</sup> Karel Adámek, *Památce Františka Skopalíka* [Erinnerungen an František Skopalík], Praha 1908, 28-29. Schön ist Adámeks Erinnerung, dass der ehemalige Ministerpräsident Hohenwarth den Abgeordneten Skopalík immer respektvoll in tschechischer Sprache grüßte. Ebenda, 41.

<sup>21</sup> Josef Penížek, *Z mých paměti z let 1878-1918* [Meine Erinnerungen aus den Jahren 1878-1918] II, Praha 1924, 116.

wohl die zahlreichen Obstruktionsszenen im Böhmischem Landtag oder Wiener Reichsrat in den Jahren 1893 bis 1918 als auch die überall gegenwärtige Vulgarisierung der Parlamentsverhandlungen. Die angedeutete Entwicklung verlief natürlich in vielen anderen europäischen Staaten ähnlich, aber im habsburgischen Vielvölkerreich war sie auffälliger und von außergewöhnlicher Dringlichkeit.

In meinem Beitrag habe ich versucht, aufgrund einer Analyse der Korrespondenzen und Erinnerungen tschechischer Politiker – besonders der Zeugnisse F.L. Riegers – die langfristigen Probleme zu benennen, die die politischen Parteien der kleinen Völker im 19. Jahrhundert mit der Auswahl qualitativ geeigneter Kandidaten für die Abgeordnetenmandate hatten. Die Ursache dieser Probleme ist vor allem in der komplizierten sozialen Situation der Mittelschichten dieser nationalen Gemeinschaften zu sehen. Diese Schichten konnten zwar seit den achtziger Jahren eine relativ gesehen genügende Anzahl gebildeter und über Fachkenntnisse verfügender Kandidaten produzieren, aber die Kombination verschiedener sozialer Faktoren mit der Stellung als *Abgeordnete von der Peripherie* machte es ihnen aus existentiellen Gründen nur schwer möglich, sich qualifiziert, verantwortungsbewusst und hundertprozentig der Ausübung ihres Mandats zu widmen. Das problematische Auszahlungssystem der Abgeordnetendiäten in Cisleithanien – es bestand bis 1917, als endlich ein permanentes Gehalt für die Abgeordneten eingeführt wurde – machte die erforderliche *Professionalisierung* der Politik unmöglich. Die Demokratisierung der Politik stellte dann in Verbindung mit der Entstehung der Stände- und der Massenparteien um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert und den oben angeführten Faktoren die frühere Idealvorstellung vom Abgeordneten als einem gebildeten, fähigen und kultivierten Repräsentanten seiner Wähler vollends auf den Kopf.